

# Lob und Tadel für die EU

CDU-Politiker Erwin Teufel hielt in Grüşch ein Referat über die Zukunft Europas

Die Europäische Union muss föderalistisch werden. Das fordert der ehemalige baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel.

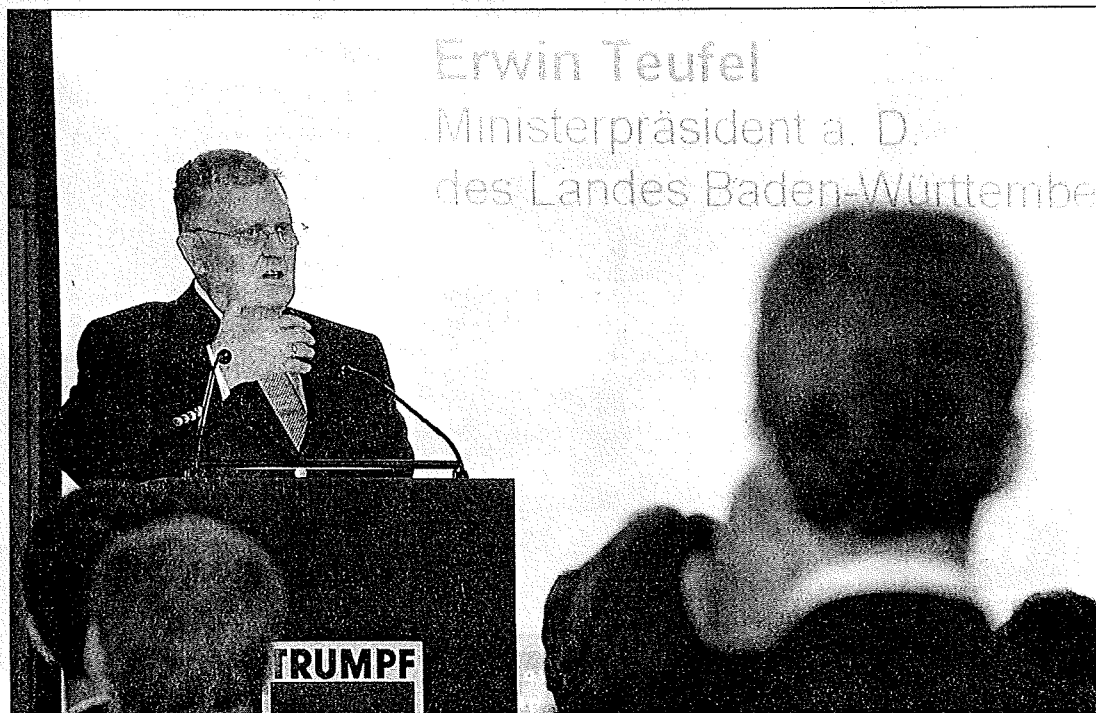
• VON UELI HANDSCHIN

Erwin Teufel hat am Dienstagabend im Innovationszentrum der Firma Trumpf in Grüşch im Rahmen der vierten Prättigauer Industriereferate gesprochen. Schon mit dem Titel seiner Ausführungen brachte er sein Anliegen auf den Punkt: «Europa in eine bessere Verfassung bringen», so seine Forderung. Doch machte der CDU-Politiker zunächst klar, dass die Entwicklung zum vereinten Europa seit dem Zweiten Weltkrieg als Erfolgsgeschichte gelesen werden müsse. Zuvor hätten die Europäer während Jahrhunderten Kriege gegeneinander geführt, sagte Teufel. Allein der Zweite Weltkrieg forderte über 50 Millionen Tote.

Die Politik, die 1951 mit der Montan-Union begonnen, zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und schliesslich zur EU mit 25 Ländern gerät habe, «ist eine einzige Erfolgsgeschichte», so Teufel. Die Öffnung gen Westen, die mit Adenauer begonnen und «mit der grossen Zeitenwende» von 1989 die Chance eröffnet habe, auch den Osten Europas miteinzubeziehen, habe die längste Friedensperiode in der europäischen Geschichte gebracht. Wer Verstand habe, könne deshalb nicht gegen die EU sein, betonte Teufel.

## Eine Gesetzesflut

Doch der Vollblut-Politiker machte auch keinen Hehl aus den Schwierigkeiten, die sich der Staatengemeinschaft heute stellen. Habe die Zustimmung zur EU früher in Deutschland bei 70 bis 80 Prozent gelegen, erreiche sie derzeit nur noch knapp 50 Prozent. «Wir brauchen also nicht auf die Franzosen oder Niederländer zu zeigen»,



Prominenter deutscher Gast: Erwin Teufel spricht im Innovationszentrum der Firma Trumpf in Grüşch über die EU.

Bild Nadja Simmen

kommentierte Teufel die Ablehnung der EU-Verfassung durch die Bürger dieser beiden Länder.

Teufel zeigte die Gründe auf, weshalb trotz über 50 Jahre Frieden die Kritik an der Staatengemeinschaft wächst. Die Bürger empfinden die EU als anonymes, fernes Gebilde, dessen Entscheidungsmechanismen unbekannt und deren Gesetzgebung sie ausgeliefert seien. Die Flut der Bestimmungen führe beispielsweise dazu, dass Bauern mehr Arbeitszeit am PC als auf dem Feld verbrächten. Die Gesetzgebungsflut führe zu Europa-Verdrossenheit. So umfasse die Chemie-Richtlinie 1140 Seiten – für kleinere Unternehmen sei das gar nicht zu bewältigen.

Die Ministerräte der EU tagen heute hinter verschlossenen Türen, und das

Parlament hat nur sehr begrenzte Befugnisse. Das müsse sich ändern, forderte Teufel. Zum Tragen kommen müssten das Subsidiaritätsprinzip und die Regeln des Föderalismus. Der EU seien lediglich noch diejenigen Aufgaben zu übertragen, welche die Kräfte der Nationalstaaten übersteigen würden, sagte Teufel. Diese Bereiche liessen sich präzise eingrenzen: Sicherheits-, Wettbewerbs- und Währungspolitik, grenzüberschreitende Umweltpolitik und Grossforschungsprojekte. «Von allem anderen sollte Europa die Finger lassen», so Teufel.

## Nochmals abstimmen

Wesentliche Schritte zum Föderalismus brächte die Verfassung der EU, welche den nationalen Parlamenten

weit gehende Vetorechte einräumen würde. So müssten neu alle Gesetzesentwürfe den nationalen Parlamenten vorgelegt werden, die die Verletzung des Subsidiaritätsprinzip am europäischen Gerichtshof einklagen könnten.

Ohne Verfassung dauere der unbefriedigende Status quo an, sagte Teufel und wies darauf hin, dass 14 der 25 EU-Länder, die eine Mehrheit der Bevölkerung stellten, die Verfassung ratifiziert hätten. Doch ohne Frankreich und die Niederlande gehe es nicht, weshalb die Völker beider Länder «in gebührendem Abstand» nochmals befragt werden müssten. Das «europäische Projekt darf nicht scheitern», warnte Teufel. Denn die erste Hälfte des 21. Jahrhunderts dürfe sich niemals so entwickeln wie die erste Hälfte des vergangenen.